

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

7. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Dezember 2000, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storzjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)

Ursula Sassen (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Internat Schloss Plön	5
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/364	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/423	
2. Umweltbildung in Schleswig-Holstein	6
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/472	
3. a) Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen	7
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/365	
b) Entwicklung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/187	
c) Zukunft der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/237	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/256	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/259	
4. Weitere Entwicklung der Muthesius-Hochschule	9

5. Förderung der Biotechnologie	11
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/119	
6. a) Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/514	
b) Fremdsprachenunterricht an Grundschulen	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/536	
7. Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/515	
8. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein	15
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 15/493	
9. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Internat Schloss Plön

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/364

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/423

(Überwiesen am 29. September 2000)

Nach kurzer Diskussion kommt der Ausschuss überein, sich in einer Sondersitzung am 13. Dezember 2000, um 8:30 Uhr, vom Bildungsministerium über die Entscheidung der Landesregierung zur Zukunft des Internats unterrichten zu lassen und dann über die vorliegenden Anträge zu befinden.

Die Vertreter der CDU kritisieren, dass das Ministerium seine Vorstellungen nicht wie erwartet in der heutigen Ausschusssitzung vortrage und damit das Parlament unter erheblichem Zeitdruck beraten müsse.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Umweltbildung in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/472

(überwiesen am 15. November 2000 an den Umweltausschuss und den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss bittet den federführenden Umweltausschuss, in die geplante Anhörung einbezogen zu werden. Vorschläge zum Kreis der Anzuhörenden sollen spätestens bis zum 22. Dezember 2000 direkt dem Umweltausschuss zugeleitet werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/365

(überwiesen am 29. September 2000)

b) Entwicklung der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/187

(überwiesen am 12. Juli 2000 an den Bildungsausschuss und den Agrarausschuss)

hierzu: Umdruck 15/353

c) Zukunft der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/237

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/256

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/259

(überwiesen am 12. Juli 2000 an den Bildungsausschuss und den Agrarausschuss)

St Dr. Stegner berichtet zu den Zielvereinbarungen mit der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, die Prioritäten der Strukturplanung der CAU würden von der Landesregierung geteilt. Allerdings wünsche man sich noch eine stärkere Vernetzung mit anderen Fächern bei der Etablierung des Studiengangs Islamwissenschaft (mit Geschichte und Theologie), im Bereich der Technomathematik, bei der Agrarwissenschaftlichen Fakultät mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie bei der Technischen Fakultät mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Außerdem sei man mit der CAU über eine Neupositionierung der Gesellschaftswissenschaften im Gespräch (Verlagerung von der WiSo-Fakultät in die Philosophische Fakultät). Bei der Politikwissenschaft und

der Soziologie folge man den Plänen der Hochschule nicht; Soziologie sollte wegen der starken Vernetzung mit anderen Fächern auch weiterhin als Hauptfachstudiengang angeboten werden.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den F.D.P.-Antrag Drucksache 15/365 in veränderter Fassung anzunehmen (vergleiche Beschlussempfehlung Drucksache 15/563) und die übrigen Anträge für erledigt zu erklären.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Weitere Entwicklung der Muthesius-Hochschule

St Dr. Stegner führt aus, der Antrag auf Eintragung der Muthesius-Hochschule in die Anlage zum HBFG sei nach intensiven Gesprächen der Landesregierung mit dem Wissenschaftsrat und im Einvernehmen mit der Muthesius-Hochschule zurückgezogen worden, um zu vermeiden, dass der Wissenschaftsrat eine Empfehlung verabschiede, die der Weiterentwicklung der Muthesius-Hochschule eher abträglich sei. Mit dem Wissenschaftsrat sei eine „Atempause“ von zirka einem Dreivierteljahr verabredet worden, um der Landesregierung und der Muthesius-Hochschule Gelegenheit zu geben, mithilfe eines Expertengremiums und auswärtigen Gutachtern gemeinsam über eine andere organisatorische Konzeption nachzudenken, die den folgenden Kriterien genügen müsse.

Erstens: In Schleswig-Holstein solle es auch künftig ein hochwertiges Angebot künstlerisch-gestalterischer Studiengänge geben, die gut ausgelastet seien. Zweitens: Der Status der Muthesius-Hochschule müsse im nationalen und internationalen Wettbewerb Anerkennung finden, was bei einem Sonderstatus schwierig sei. Drittens: Es müsse im Lande weiterhin einen Kristallisationspunkt für die kulturelle Begegnung und Auseinandersetzung im künstlerisch-gestalterischen Bereich geben (Muthesius-Forum). Viertens: Jede Veränderung der Muthesius-Hochschule stehe unter dem Gebot der Kostenneutralität; eine Erhöhung des Landeszuschusses komme mit Blick auf die Finanzlage des Landes nicht infrage. Fünftens: Jedwede Planung müsse darauf abzielen, dass der Wissenschaftsrat die Förderfähigkeit der Muthesius-Hochschule befürworte.

Diskutiert würden zwei Modelle: zum einen eine Verbindung mit der CAU - in welcher organisatorischen Form auch immer - , zum anderen die Umwandlung in eine kleine Kunsthochschule. Man hoffe, bis zum Frühsommer nächsten Jahres eine Lösung vorstellen zu können, die sich in die Landeshochschulplanung einfüge, die man bis zur Mitte der Legislaturperiode vorlegen werde.

Abg. Dr. Klug begrüßt, dass Bewegung in die Weiterentwicklung der Muthesius-Hochschule komme. Er fragt nach den finanziellen Realisierungschancen der beiden konkreten Varianten, der Kooperation der Muthesius-Hochschule mit anderen Hochschulen außer der CAU und Lösungen für die Unterbringung der Muthesius-Hochschule.

St Dr. Stegner äußert, das Gebot der Finanzneutralität beziehe sich auf das gesamte Hochschulkapitel. Der Konzeption zur Unterbringung der Muthesius-Hochschule - möglichst an einem Standort -

müsse der inhaltlichen Konzeption folgen. Man wünsche sich ein besseres Flächen- und Gebäudemanagement der CAU.

Abg. Birk möchte wissen, inwieweit für die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat das Engagement der Muthesius-Hochschule im Multimedia-Bereich und im Bereich der aufbauenden Bildung eine Rolle spiele.

St Dr. Stegner weist darauf hin, dass der Wissenschaftsrat beim Antrag auf Aufnahme in das Hochschulbauverzeichnis prüfe, ob die Studiengänge den gestellten Anforderungen genügten. Beim Multimedia-Campus sollte die Muthesius-Hochschule ihre Chancen nutzen.

Abg. de Jager stellt die Frage, welche Punkte der Wissenschaftsrat im Einzelnen moniere und ob als weitere Varianten auch die Gründung einer gemeinsamen Kunsthochschule mit Hamburg oder die Verbindung mit der Fachhochschule Kiel infrage kämen.

St. Dr. Stegner lehnt Letzteres mit Blick auf die Vergangenheit ab. Auch eine Verbindung mit Hamburg sei unrealistisch und nicht wünschenswert.

Abg. Schwarz äußert, sie begrüße, dass sich offensichtlich alle Fraktionen für eine Stärkung der Muthesius-Hochschule einsetzen. Vorstellbar sei eine stärkere Vernetzung der Muthesius-Hochschule, zum Beispiel mit dem Multimedia-Campus. Sie bittet das Ministerium, dem Ausschuss eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zu gegebener Zeit zuzuleiten.

Abg. Weber merkt an, im Rahmen der Weiterentwicklung der Muthesius-Hochschule die Problematik der überdimensionierten Architekturausbildung in Schleswig-Holstein mit im Auge zu behalten.

Auch St Dr. Stegner hält es auf Dauer für nicht durchhaltbar, das Votum des Wissenschaftsrates zur Architekturausbildung in Schleswig-Holstein zu ignorieren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Förderung der Biotechnologie

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/119

(überwiesen am 7. Juni 2000 an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

Die Behandlung des Antrages wird bis zur nächsten Sitzung, am 11. Januar 2001, zurückgestellt. Der Antrag soll zusammen mit den dem Bildungsausschuss nicht überwiesenen Anträgen zur Gentechnologie, Drucksachen 15/386, 15/523 und 15/534, beraten werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/514

(überwiesen am 17. November 2000 zur abschließenden Beratung)

b) Fremdsprachenunterricht an Grundschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/536

(überwiesen am 17. November 2000)

Abg. Birk appelliert vor dem Hintergrund steigender Zahlen von Kindern von Migrantinnen und Migranten, für Kinder mit anderer Muttersprache neben dem Fremdsprachenunterricht in der Grundschule nicht die Festigung der Deutschkenntnisse und die Anerkennung der Mehrsprachigkeit zu vergessen.

St Dr. Stegner weist darauf hin, dass an Schulen mit besonderen Problemlagen besondere Maßnahmen durchgeführt würden, zum Beispiel in Kiel-Gaarden Deutschunterricht für türkische Mütter. Ein Konzept für Migrationskinder werde es in Schleswig-Holstein flächendeckend nicht geben.

Abg. Dr. Höppner erklärt, die SPD-Fraktion unterstütze das von der Regierung verfolgte Konzept der Fremdsprachenbegegnung und lehne die Forderung der CDU insbesondere auch mit Blick auf die Auswirkungen auf die weiterführenden Schulen ab, zum gegenwärtigen Zeitpunkt festzulegen, ab dem Schuljahr 2003/4 Englisch in allen Grundschulen ab Klassenstufe 3 als eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen.

Auch Abg. Dr. Klug hält die Auswirkungen der Einführung von Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen für entscheidend, unabhängig von der Frage, ob man das Konzept der Fremdsprachenbegegnung oder die Einführung der Fremdsprache als eigenständiges Unterrichtsfach favorisiere, die freilich zusätzliche Lehrerstellen erfordere. Er beantragt, zur Einführung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen eine Anhörung durchzuführen.

Die Abgeordneten Storjohann und de Jager stellen das Anliegen des CDU-Antrages heraus, ab dem Schuljahr 2003/4 Englisch in allen Grundschulen ab Klassenstufe 3 als ordentliches Unterrichtsfach einzuführen. Durch das Vorziehen des Fremdsprachenunterrichts entstünden in späteren Schuljahren mehr Freiräume für mathematisch-naturwissenschaftliches Lernen. Zusätzliche Ressourcen seien insofern nicht erforderlich, weil der Englischunterricht nicht verlängert werde, sondern nur früher beginne.

Abg. Spoorendonk favorisiert das Konzept der Fremdsprachenbegegnung, verweist auf die Erfahrungen des Schulsystems der dänischen Minderheit beziehungsweise der deutschen Schulen in Nordschleswig und warnt davor, das Thema allzu sehr mit Blick auf die weiterführenden Schulen zu diskutieren.

Abg. Birk lehnt die Forderung der CDU ab, in der gegenwärtigen Situation an den Grundschulen Englisch als eigenständiges Unterrichtsfach und damit ein neues Leistungsangebot mit entsprechender Bewertung und Benotung verbindlich einzuführen, und macht noch einmal auf die zunehmende Bedeutung der Situation von Migrationskindern aufmerksam.

Der Ausschuss beschließt, Anfang nächsten Jahres eine Anhörung zum Thema „Fremdsprachenunterricht an Grundschulen“ durchzuführen. Über die Strukturierung der Anhörung und den Kreis der Anzuhörenden sollen die Fraktionen bis zur Sitzung am 11. Januar 2001 Vorschläge vorlegen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/515

(überwiesen am 17. November 2000 an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

Abg. Spoorendonk beantragt, zu dem Weiterbildungsbereich, der im Landtag bedauerlicherweise nicht debattiert worden sei, eine Anhörung durchzuführen.

Abg. Benker möchte in die Beratung das Weiterbildungskonzept, das Grundlage des Berichts sei, einbezogen sehen (Landtagsunterrichtung 14/109).

St Dr. Stegner teilt mit, dass die Kommission Weiterbildung den Bildungsausschuss zu einer Beratung einladen wolle.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zunächst das geplante Gespräch mit der Weiterbildungskommission abzuwarten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/493

(überwiesen am 16. November 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Eisenberg wirft insbesondere vor dem Hintergrund rückläufiger Zahlen von Ermittlungs- und Strafverfahren mit rechtsextremistischem beziehungsweise fremdenfeindlichem Hintergrund die Frage auf, ob es tatsächlich klug sei, vonseiten der Politik das Thema Rechtsextremismus derart in den Vordergrund zu stellen und dieser Klientel damit unnötigerweise eine ihr nicht gebührende Publicity zu verschaffen. Außerdem erkundigt sie sich nach dem Stand der auf Seite 32 des Berichts angesprochenen acht Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte.

MR Dr. Wegner macht darauf aufmerksam, dass die fremdenfeindlich motivierten Straftaten und extremistischen Gewalttaten in Schleswig-Holstein nur einen Bruchteil im Verhältnis zum Ausmaß der Jugendkriminalität ausmachten. Der Kern der rechtsextremistischen Szene habe sich von Lübeck in den Nordwesten des Hamburger Umlandes verschoben.

Abg. Benker möchte wissen, inwieweit rechtsextremistische Straftaten unterschiedlich verfolgt würden, und fragt nach den Fortbildungsveranstaltungen des IPTS.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. de Jager zur Teilnahme am Erprobungsmodell eines achtjährigen Bildungsgangs zum Abitur erwidert St Dr. Stegner, während man die ausgeschriebenen Teilnahmebedingungen für das Schuljahr 2001/2002 im Nachhinein nicht verändern werde, werde man im darauf folgenden Schuljahr möglicherweise auch in Verdichtungsgebieten nicht auf dem so genannten Jahrgangsmodell bestehen, sondern auch in den großen Städten die Einrichtung einzelner „Schnellläuferzüge“ zulassen.

- b) In der Niederschrift über die 6. Bildungsausschusssitzung am 23. November 2000 muss es unter TOP 3 auf Seite 7 am Ende des dritten Absatzes richtigerweise heißen: ...die Stellungnahme werde voraussichtlich im Sommer **2002** vorliegen“.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer